

Unverzichtbare Arbeit 2
IntegrationslotsInnen gerettet?

Pfarrer Wilhelm Beschoren 3
Ein Theologe im Widerstand

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Welt verändert sich ständig. Politik kann gestalten und muss versuchen, sich den Veränderungen anzupassen. DIE LINKE versucht zu gestalten. Sie muss sich ebenfalls verändern, um den Herausforderungen der Zukunft als politische Partei gerecht zu werden.

Eine offene Frage ist: Wie kann DIE LINKE ihre Politik profilieren und ihr Angebot besser kommunizieren. Unsere Zeitung - so unser Ziel seit 12 Jahren - soll die Reinickendorfer in erster Linie über Bezirkspolitik informieren. Sie muss sie aber erreichen. Das war und ist bei einer Auflage von 3 000 Exemplaren schwierig. Das wollen wir zukünftig besser machen.

„WIR“ wird verändert

Der Bezirksvorstand der LINKEN Reinickendorf hat daher beschlossen, die regelmäßige *gedruckte* Ausgabe unserer Bezirkszeitung „Wir in Reinickendorf“ zum 1. Mai 2012 einzustellen. In der bisherigen Form wird die Ausgabe, die Sie in der Hand halten, die letzte sein.

Danach wird „Wir“ im bewährten Format, aber nur noch als „Online-Ausgabe“ einerseits als E-Mail-Anhang an Interessenten oder Abonnenten verschickt und andererseits in gängigen, kompatiblen Formaten zum Herunterladen (download) bereit gestellt werden.

Natürlich, niemand wird auf die Informationen und Berichte der Reinickendorfer LINKEN verzichten müssen. Die Zeitung soll statt dessen zukünftig besser, zielgenauer, bedarfsgerechter, vor allem aber auch aktueller werden.

Kosten und Nutzen abwägen

Es gibt auch andere, objektive Gründe, die zu Veränderungen Anlass geben. Da ist die Kostenfrage zu nennen, die natürlich in einer vernünftigen Relation zum nachvollziehbaren Nutzen einer Zeitung stehen muss -

dem Nutzen für die Leserinnen und Leser, aber auch für den Herausgeber. Hohen Druckkosten steht die Frage entgegen, ob die Bezirkszeitung der LINKEN dort, wo sie eher zufällig in Briefkästen von Reinickendorfern landet, auch gelesen wird. Es gibt zumindest Zweifel.

Zielgenauer und aktueller

Wir wollen deshalb versuchen, zielgenauer zu werden, d. h. eine politisch interessierte Leserschaft anzusprechen und zu informieren. Dies war und wird unser Anspruch bleiben.

Verändern soll sich im Laufe des Jahres aber auch das Format unserer Zeitung. Ziel ist es, eine solche Form von Informationsverarbeitung und -weitergabe zu erreichen, die zu Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern, passt, aber auch stets aktuell die bezirklichen Themen verarbeitet. Denkbar sind themenorientierte „Newsletters“, die abonniert oder im Internet abgerufen werden können. So kann auch die Aktualität der Artikel, der Informationen besser gewährleistet werden.

Druckausgaben weiter erhältlich

Ergänzt wird das neue Angebot durch regelmäßige Flyer zu politischen und kulturellen Themen, die in Reinickendorf aus unserer Sicht diskutiert werden sollten. Hier ist in erster Linie die Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung zu nennen, die nach wie vor für die Bürger transparenter werden muss. An unseren regelmäßigen Infoständen werden wir auch weiterhin alles Wichtige in gedruckter Form vertelen und anbieten.

Für alle Leser, die keinen Zugang zum Internet haben oder haben wollen, sind auf Nachfrage alle Ausgaben von „Wir“ und ggf. Newsletters auch in kopierter Form im Roten Laden erhältlich.

Erreichbarkeit erweitern

Soziale Netzwerke werden für die Kommunikation zwischen Menschen immer wichtiger. Auch in der Politik wird inzwischen umgedacht und man tauscht drahtlos, per E-Mail, Twitter, Facebook oder auf „Blogs“ Informationen aus. Auch die Reinickendorfer LINKE will diese Möglichkeiten in Zukunft besser nutzen.

Eine weitere Veränderung macht dies zunehmend notwendig.

Aus zwei mach eins

DIE LINKE Berlin wird in absehbarer Zeit ein neues Geschäftsstellenkonzept beschließen. Dies wird zur Folge haben, dass die Geschäftsstellen von Reinickendorf und Pankow in einem Regionalbüro zusammengefasst werden. Zur Zeit wird nach geeigneten Angeboten gesucht, so dass zum Jahresende der Rote Laden in der Schloßstraße aufgegeben wird.

Politisch verändert sich natürlich nichts. Die LINKE Reinickendorf wird sich weiter einmischen, eigene Themen benennen, vor Ort präsent und ansprechbar sein.

Mehr Infos unter:
www.die-linke-reinickendorf.de/wir



„Unverzichtbare Arbeit“

für weniger Geld – warum?

Reinickendorfs Sozialstadtrat **Andreas Höhne (SPD)** teilte am 28. März mit: **„Reinickendorfer Integrationslotsen-Projekt gerettet.“** Alle seien sich einig, dass in dem Projekt eine unverzichtbare Arbeit geleistet werde. *„Nunmehr scheint es sicher, dass im Rahmen des Programmes „BerlinArbeit“ des Senats die Fortführung dieses Projektes für die nächsten zwei Jahre finanziell gesichert ist, mit Hilfe der sogenannten Bürgerarbeit und der Unterstützung durch das Jobcenter Berlin Mitte.“* So weit, so gut?

Felix Lederle, Bezirksvorsitzender der LINKEN Reinickendorf, und **Hakan Tas**, partizipations- und flüchtlingspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, begrüßten in einer Erklärung diese Entscheidung und würdigten die Bemühungen des Bezirksstadtrates. *„Unverständlich, enttäuschend und inakzeptabel ist es aber, dass die Große Koalition gegenüber der rot-roten Vorgängerregierung den Anspruch aufgibt, die über alle Parteien hinweg als für die Gesellschaft*

„unverzichtbar“ bewertete Arbeit der IntegrationslotsInnen existenzsichernd zu bezahlen.“ Mit einem realen Stundenlohn von rund 5,60 Euro müssten Bürgerinnen und Bürger, die auf der Grundlage von „BerlinArbeit“ beschäftigt sein werden, bei ihrem zuständigen JobCenter aufstockende Leistungen in Anspruch nehmen.

Es wäre auch anders gegangen. Die seinerzeitige Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Carola Bluhm (LINKE) hatte vor einem Jahr ein die skandalösen Kürzungen durch Schwarz-Gelb berücksichtigendes und auch auf Reinickendorf anwendbares Konzept „ÖBS-Bürgerarbeit“ vorgelegt.

Übrigens: Bis Ende März sind seit Oktober 2011 284 Stellen im ÖBS in Reinickendorf ausgelaufen (Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage Nr. 17/10 193). Ende März gab es in Reinickendorf 13 984 registrierte Erwerbslose. Unser Bezirk steht mit einer Erwerbslosenquote von 15,0 Prozent auf Platz zehn in Berlin (Bundesagentur für Arbeit).

So weit, so schlecht. A.B.

BBV-Splitter

6. Sitzung, 14.3.2012

Im Zentrum stand die Beschlussfassung zum **Bezirkshaushalt für 2012/2013 (Drs.0107/XIX)**. Die Ausschüsse hatten den Bezirksamts (BA)-Entwurf in einem vom Senat vorgegebenen, „engen Zeitfenster“ (Balzer) beraten müssen. Die BBV nahm 22 Empfehlungen des Haushaltsausschusses an. Ihnen lagen Anträge aus allen Fraktionen zugrunde. Änderungsanträge der SPD, Prüfaufträge an das BA in verbindliche Festlegungen umzuwandeln, wurden von der „Zählgemeinschaft“ von CDU und B90/Grüne abgelehnt. Der ausgeglichene Etat wurde einstimmig (Enthaltungen der Piraten) beschlossen. 2012 stehen 488 Millionen, für 2013 ca. 492 Millionen Euro zur Verfügung.

In **Einwohnerfragen (TOP 2)** erkundigten sich Bürger

- nach den Bedingungen für eine evtl. Fortsetzung der Arbeit der Integrationslotsen in Reinickendorf nach Abwicklung des ÖBS durch die Große Koalition;

- nach der Informationspolitik des BA im Zuge der Baumaßnahmen an der Ruppiner Chaussee;

- nach den Möglichkeiten, für die 1200 Schüler des Bertha-von-Suttner-Gymnasiums bessere Bedingungen in Freistunden zu schaffen, was bei der vorhandenen Cafeteria mit 50 Plätzen nicht gegeben ist.

Mündliche Anfragen (TOP 4) betrafen die Vorbereitungen zum diesjährigen Girls' Day am 26.4.2012 im Bezirk und die Modernisierung der Ruppiner Chaussee.

Eine **Große Anfrage** von Grünen und CDU beantwortend, sah Bezirksstadtrat Höhne (SPD) kein Gegenüber von **Familienzentren und Mädchen- und Frauenarbeit** im Bezirk (Drs. 0115/XIX). Seit 2005 sind 12 Familienzentren in Reinickendorf entstanden.

Über **Konsensliste (TOP 3)** wurde das BA ersucht, nach konzeptionellen Entscheidungen zur **Gemeinschaftsschule** im MV die BBV über mögliche bauliche Bedarfe unverzüglich zu informieren (Drs. 0024/XIX und 0107/XIX-16). Abgelehnt wurde der nachgebliebene FDP-Antrag, die **Straßenbeleuchtung in Frohnau/Hermsdorf** nicht von Gas auf Elektrizität umzustellen (Drs. 1483/XVIII). Bestätigt wurde die Empfehlung des Kulturausschusses, **Borsigwalde als 11. Ortsteil Reinickendorfs** zu benennen (Drs. 0020/XIX).

Friedrich Wilhelm

Bemerkenswertes (aus der Haushaltsdebatte der BBV)

Die Annahme des Haushalts ist das Königsrecht des Parlaments.

BBV-Vorsteher Dr. Hinrich Lüthmann (für CDU) Mein Weg heißt Kontinuität, den Bezirk erfolgreich zu gestalten.

Bezirksbürgermeister Frank Balzer (CDU) Unsere solide Haushaltswirtschaft macht mich sehr stolz.

Aber künftig haben wir härtere Zeiten zu bestehen.

Stefan Schmidt (CDU)

Der Bezirk gibt auf Wunsch von CDU und B90/Grünen viel Geld aus, ohne zu sagen, woher es kommen soll.

Thorsten Koch (SPD)

Ich hätte mir nie vorstellen können, einem Haushalt zustimmen zu können. Dieser trägt eine ausreichend grüne Handschrift.

Anke Petters (B90/Grüne)

Die Grünen müssen sich fragen, ob es sich lohnt, für zusätzliche Fahrradwege auf Transparenz und Bürgerbeteiligung zu verzichten.

Gilbert Collé (SPD)

Wir lernen es auch noch.

Michael Wendisch (Piraten)

Ich wünschte mir mehr Vertrauen.

Frank Balzer.

Friedrich Wilhelm

Ich meine...

§ 41 Bezirksverwaltungs-gesetz (2) verlangt: *„Bei wichtigen Planungen und Vorhaben des Bezirks, ... insbesondere beim Haushaltsplan ... unterrichtet das Bezirksamt die Einwohnerschaft rechtzeitig und in geeigneter Form über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen. Den Einwohnerinnen und Einwohnern soll Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden...“*

Durch Bezirksamt und BBV aufgefordert, konnten die Reinicken-

dorfer ihre Meinung zum Entwurf des Bezirksetats 2012/2013 äußern - sofern sie denn davon erfahren oder überhaupt interessiert waren und sind, wofür ihr Geld ausgegeben wird.

Herr Balzer ist stolz, dass sich nur sieben Bürger mit Anregungen geäußert haben. Die Reinickendorfer hätten eben nichts zu meckern gehabt.

Merke: Die höchste Form der Demokratie ist offenbar, wenn sich keiner beteiligt. Da stört auch niemand beim Regieren. Klaus Gloede

Mehr Information zur Politik in Reinickendorf, der Arbeit der BBV und der LINKEN Reinickendorf unter:

www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales

Klarer Theologe und tapferer Hirte

Ein Pfarrer im Widerstand gegen die Nazis

„Die Kirchengemeinde kann sich somit rühmen, als Stätte christlichen Widerstands gegen den Nationalsozialismus in die Berliner (Kirchen-) Geschichte einzugehen.“ Ein durchaus bemerkenswertes Zitat aus der Festschrift zum 100jährigen Jubiläum der Evangelischen Kirche Alt-Tegel.

Im Oktober 1894 wurde die evangelische Kirchengemeinde Tegel, damals mit 2 740 Einwohnern, mit eigener Pfarrstelle selbständig. Im Zuge der Eröffnung der Borsigschen Fabrik 1898 wuchs die Gemeinde mit den zuziehenden Arbeitskräften schnell auf 15 000 an, eine größere Kirche wurde nötig. Der Einweihungsgottesdienst fand am 19. Januar 1912 statt.

Versuch der Gleichschaltung

Am 1. August 1923 trat ein neuer Pfarrer, Wilhelm Beschoren, eine von drei Pfarrstellen in Tegel an. Er war zuständig für den Tegeler Ostbereich, heute Neu-Tegel. Sein Tagebuch berichtet: „Sonntag, 24. Juni 1933, hatte der nationalsozialistische Kultusminister Rust, Staatskommissare für unsere Kirche eingesetzt... Nun folgte Schlag auf Schlag. Jede Gemeinde erhielt ihre Kommissare. Zwei Mitglieder der kirchlichen Körperschaften sollten vom Vorsitzenden dafür namhaft gemacht und dann von Staatskommissaren im Konsistorium ernannt werden...“.

Die Gleichschaltung der christlichen deutschen Kirchen durch die Nazis ging in die entscheidende Phase. Einige hatten sich aber schon vorher deren menschenverachtender Ideologie verweigert. „Der Zustand, der durch die drei Pfarrer Dr. Schwalter, Beschoren und Dr. Palmado in Berlin Tegel vor dem Jahre 1933 vorlag, ist nach Aussage unpolitischer Kirchenführer als unwürdig zu bezeichnen. Alle drei Pfarrer tragen somit die Verantwortung dafür, dass viele Mitglieder der NSDAP wie auch der evangelischen Gemeinde aus dem kirchlichen Leben ausgeschieden sind.“ Ein unfreiwilliges Kompliment des „NS-fanatichen“ Hilfspredigers Günther Minia 1936 in einem Schreiben an den Pankower Superintendenten.

Gegenpol Bekennende Kirche

Die Durchsetzung des Gemeindekirchenrats (GKR) mit Deutschen Christen (DC), die eng mit der NSDAP-Ortsgruppe verflochten waren (53 von 57 Sitzen), machte es spätestens ab Mitte 1933 Pfarrer Beschoren immer

schwerer, seine Positionen zu vertreten. Als Mitglied der „jungreformatorischen Bewegung“ und des Pfarrernotbundes prozessierte er gegen Versetzungsversuche durch den GKR, wurde er sogar später dessen Vorsitzender, verweigerte aber die Zusammenarbeit. Es gelang ihm lange Zeit, NS-Pfarrer aus Tegel fernzuhalten. Beschoren sammelte verbotene Kollekten gegen die gleichgeschalteten Organe für die „Bekennende Kirche“.

Zwischen August 1934 und Januar 1935 organisierte der Pfarrer eine Notgemeinde um sich. Gottesdienste fanden in Vereinszimmern von Gaststätten, später in einer leerstehenden Villa des Geheimrats von Heinz in der Gabrielenstraße statt. Die örtliche NSDAP versuchte zu stören, bedrohte die Vermieter, zeigte Beschoren bei der Gestapo an - ohne Erfolg.

Nach Wiedereinsetzung in sein Amt im Januar 1935, die Gerichtskosten trug der GKR, in dem die DC nach wie vor die Mehrheit hatten, mussten dem Pfarrer ausstehende Gehälter ausbezahlt werden. Der Tegeler „Kirchenkampf“ nahm eine neue Wendung. Pfarrer Beschoren später: „Alle, die ihnen dabei mitgeholfen haben, haben Totengräberdienste nicht nur an der Kirchengemeinde und an dem evangelischen Glauben, sondern auch am deutschen Volk getan. Sie dürfen und werden ihrer Strafe nicht entgehen.“

Manche Haltung gebärt Hass

Noch vor Ausbruch des Krieges 1939 wurde Wilhelm Beschoren zur Wehrmacht eingezogen. „Man wollte ihn endlich weghaben aus Tegel...“, so seine Tochter später. Nach einer Beinamputation wurde er 1941 entlassen, nahm im Herbst seine pfarramtliche Tätigkeit in Tegel wieder auf. Der GKR hatte längst jeden Rückhalt in der Gemeinde verloren, und der antichristliche Kurs der NSDAP stieß auf Ablehnung. Auch Pfarrer Beschoren bewahrte weiter seine Haltung, verweigerte z. B. die Fürbitte für den „Führer“ im Gebet. Eine Provokation, die ihm den Hass der Nationalkirchler sicherte, doch auch die Versuche, ihn in den Ruhestand zu versetzen, scheiterten an seinem Widerstand.

Im November 1943 wurde die Tegeler Kirche durch Luftangriffe schwer beschädigt, Anfang 1944 auch das Pfarrhaus. Die Wiederherstellung wurde durch die Nazis ver-



Pfarrer Wilhelm Beschoren; geb. am 19. Juni 1895 bei Gransee; Studium an der Friedrich-Wilhelm-Universität (heute Humboldt-Universität); 1915 zum Militär eingezogen; 1920/21 theologisches Examen; von August 1923 bis 1948 evangelischer Pfarrer in Tegel, später in Pankow und Wedding; ab 1962, nach seinem 40jährigen Ordinationsjubiläum, im Ruhestand; verstorben am 1. Dezember 1967.

weigert. So nahm man der Gemeinde die wichtigen Versammlungsräume. Genutzt hat es nicht.

Das „Reich“ in Trümmern

Pfarrer Beschoren nach dem Zusammenbruch 1946 an die Gemeinde: „Das „Dritte Reich“ liegt in Trümmern, die braunen Machthaber und ihre kirchlichen Handlanger, die ‚Deutschen Christen‘ und ‚Nationalkirchler‘ sind dahin. Noch aber steht die evangelische Kirche Deutschlands, an deren Aushöhlung sie zielbewußt gearbeitet haben...“

Und noch einmal der Pfarrer: „Die wenigen aber, die nicht vor den nationalsozialistischen Götzen in die Knie gesunken, sondern aufrecht geblieben sind, haben nicht nur das beruhigende Bewusstsein, als Evangelische und Deutsche unter den schwierigsten Verhältnissen und oft in scheinbar aussichtsloser Lage ihre Pflicht getan... Die Standhaften brauchen das Gericht der Geschichte nicht zu scheuen!“ *

Pfarrer Wilhelm Beschoren, ein Mensch, der Menschenverachtung, Ausgrenzung und Denunziantentum nicht mit seiner Vorstellung von Christentum vereinbaren konnte und wollte. Sein Leben zeigt auch, niemand musste Nazi werden. Ein Aufrechter unter zu vielen Opportunisten, der sicher zum Vorbild gereicht.

Jürgen Schimrock

„Ich denke zurück an die harte Zeit des Kirchenkampfes, als mir die Türen dieser Kirche verschlossen wurden und ich in Vereinszimmern von Lokalen predigen mußte, in jedem sofort blockiert von der Partei... Es war die schönste Zeit in meinem Amtsleben, und ich danke Gott noch heute dafür!“

Wilhelm Beschoren in seiner Abschiedspredigt am 31.10.1948 in der Kirche zu Tegel, zitiert aus u. a. Broschüre

*Quelle:

100 Jahre Geschichte und Leben unserer Evangelischen Kirche Alt-Tegel, 1912 - 2012, Ev. Kirchengemeinde Alt-Tegel, 2012

Frauenrechte im Fokus

Zu Gast: Frau Kowas und Frau Steyer-Fontana

Zwei Frauen im Roten Laden, zwei Frauen, denen man anmerkte, dass sie etwas erreichen wollen, aber auch, dass sie schon etwas erreicht haben. Und das ist sehr gut so.

Brigitte Kowas, die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des Bezirksamtes Reinickendorf, und Agnes Steyer-Fontana, die Leiterin des Beratungs-, Kommunikations- und Lernzentrums für Frauen „Flotte Lotte“

wie auch des Beirats für Frauen und Mädchen im Bezirk, waren zu Gast bei einem der Offenen Foren bei der Reinickendorfer LINKEN.

Frauenbeauftragte gibt es inzwischen in allen Berliner Bezirken. Grundlage dafür sind das Grundgesetz und, auf Landesebene, das Landesgleichstellungsgesetz. In Reinickendorf ist Frau Kowas dienstlich, nicht fachlich (!), der Abteilung Jugend zugeordnet.

Ziel ihrer Arbeit ist die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen. Als Mittlerin zu Frauenthemen sieht sich Frau Kowas als Schnittstelle zwischen den Anliegen von Frauen und dem Bezirksamt.

Viele unterschiedliche Aufgaben

Der Beirat für Frauen und Mädchen arbeitet unabhängig und beratend für Bezirksamt und BVV. Aufgaben, so Frau Steyer-Fontana, sind in erster Linie die Herstellung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit, der Abbau von Benachteiligungen, die Förderung von Lebensqualität und die Vernetzung von Mädchen und Frauen. Die Bekämpfung von häuslicher Gewalt, das Angebot von Kinderbetreuung, die Unterstüt-

zung alleinerziehender Frauen und insbesondere von Migrantinnen ergänzen den Tätigkeitsbereich.

Noch immer gebe es Defizite in der Lebenswirklichkeit von Frauen. Fehlende Quotenregelung im Berufsleben, Lohnungleichheiten, unflexible Arbeitszeiten, niedrige Renten im Alter, Gewalt in der Familie - Probleme, die in erster Linie Frauen betreffen, besonders alleinerziehende.

Zehn- bis zwölftausend (!) Beratungen pro Jahr in der „Flotten Lotte“ machen das Ausmaß der Probleme und der Hilfsangebote an Mädchen und Frauen auch in Reinickendorf deutlich. 23 Frauen aus unterschiedlichen Bereichen bieten in der „Flotten Lotte“ u. a. Aufklärung zu Gesundheitsfragen, Beratung zur Wohnraumsuche, zur Zwangsheirat, zu Rechtsfragen, zum beruflichen Einstieg und in Krisensituationen an.

Es gibt noch viel zu tun

Die Aufgaben und Angebote von Frau Kowas und Frau Steyer-Fontana überschneiden und ergänzen sich. Zahlreiche Veranstaltungen werden gemeinsam organisiert, z. B. der Girls' Day am 26. April, sowie zahlreiche Bildungs- und Begegnungsangebote jedes Jahr.

Frau Kowas betonte, dass jede dritte Frau in irgendeiner Form von Gewalt betroffen sei. Frauen verdienen in gleicher Position im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer. Trotz besserer Schulabschlüsse sind sie in Spitzenpositionen nicht adäquat repräsentiert. Die Liste ist (leider) verlängert und zeigt, dass es nach wie vor im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit viel tun gibt.

Frau Kowas und Frau Steyer-Fontana stehen stellvertretend für viele, die sich für die Belange von Frauen einsetzen.

J. Schimrock

Am Rande

Armes Deutschland?

Oben und unten, links und rechts, viel und wenig - Gegensätze gibt es viele. Ob in Reinickendorf, Berlin oder Deutschland, sie spielen in der täglichen Realität eine Rolle, sind präsent, prägen Verhalten und Umgang von Menschen unter- und miteinander. Doch kein Begriffspaar greift so tief in die Existenzbedingungen von Menschen ein wie „arm und reich“. Kaum ein anderes ist so umstritten - weil es so schwer zu definieren ist.

Armut und Reichtum sind relative Begriffe, hängen stark von gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen ab. Aber, das Verhältnis *zueinander* in einem definierten Umfeld ist immer konkret und entsprechend zu beschreiben - dabei, und besonders, auch Kennzeichen für den sozialen Zustand eines Landes.

Die „Einkommensschere“, ein Maßstab von vielen für Armut und Reichtum, geht gerade in Deutschland immer weiter auseinander.

Zu geringe Lohnerhöhungen für abhängig Beschäftigte lässt die Kaufkraft seit Jahren sinken. Besonders Kinder sind immer mehr, stärker als Erwachsene, von Armut betroffen. Altersarmut nimmt zu, 11,5 Prozent der Rentnerhaushalte leben unter der Armutsgrenze. In Reinickendorf sind 24,2 Prozent der Migrantinnen armutsgefährdet. Selbst das Deutsche Institut für Wirtschaft konstatiert, dass nicht nur bei Niedriglöhnern und Zeitarbeitern, sondern auch bei Durchschnittsverdienern der Reallohn sinkt. Die Einkommenssteuer ist inzwischen auf einem Rekordhoch.

Für Wohlhabende dagegen ist Deutschland nach wie vor ein Niedrigsteuerland - keine Vermögenssteuer, geringer Spitzensteuersatz. 2011 verdiente ein Vorstandschef eines Dax-Unternehmens im Schnitt 13 Prozent mehr als 2010, über sechs Mio. Euro!

Fünfzig Prozent der Bevölkerung besitzt 99,9 Prozent des Nettovermögens - fünfzig Prozent den Rest. So zerschneidet die „Schere“ unser Land. Armes Deutschland?!

Reineke Fuchs

Termine

Am **Mittwoch, 25. April, 18 Uhr**, Offene **Mitgliederversammlung** der LINKEN Reinickendorf.

Hakan Tas (MdA, Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus für Partizipation und Flüchtlinge) und **Sabine Seyb** von *ReachOut* referieren zum Thema „Integration“.



Foto:

J. Schimrock

Frau Kowas und Frau Steyer-Fontana im Roten Laden

Mehr Infos unter:

www.berlin.de/ba-reinickendorf/abteilung/jugfam/frauenbeauftragte und

www.flotte-lotte-berlin.de/kontakt

Impressum

Herausgeber:
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE,
V.i.S.d.P.:
Felix Lederle

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 708 48,
Kontonummer:
525 6078 00.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00 Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-reinickendorf.de